

111. 22

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig

Schließfach 399

Fernsprecher Nr. 2367

Neue Anschrift:
Hannover, Georgstr.33
Tel. 2 78 31

spd Nr.25 - 3.10.46

Entscheidung für Deutschland

=====

F.S. Winston Churchill hat einmal, er war damals noch Ministerpräsident, und der Krieg tobte noch in der ganzen Welt, in einer Unterhausdebatte zum Thema künftiges Deutschland gesagt, Demokratie bedeuete nicht Linksregierung, sondern das Prinzip demokratischer Staatsführung gewähre allen politischen Richtungen gleiche Chancen. Wenn es noch ein Beweises für die Bedingtheit dieser zunächst bestechenden Feststellung bedurft hätte, so ist er in Deutschland nach der Besetzung erbracht worden. So sehr jeder echte Demokrat bereit sein wird, Churchills Ausspruch grundsätzlich zuzustimmen, so unzweideutig muss der deutsche Demokrat feststellen, dass sich auch in dieser Beziehung wieder eines nicht für alle schickt. In Grossbritannien ist Demokratie Bestandteil aller politischen Richtungen und Parteien, sie ist das Wesen des politischen Lebens geworden. Das britische Volk ist in einer demokratischen Verfassung, ohne dass es eine geschriebene Urkunde darüber besitzt. In Deutschland ist diese Voraussetzung, allerdings die wichtigste und die, auf die auf keinen Fall verzichtet werden kann, nicht erfüllt. Die Deutschen wollen oder sollen erst einmal demokratische Gesinnung entwickeln. In Deutschland bedeutet eine Rechtsregierung und Rechtspartei noch immer Gegnerschaft gegen die Demokratie und Todfeindschaft gegen die Mächte, die die Herrschaft des Volkes, die Demokratie, unbedingt und uneingeschränkt sichern wollen. Das ist der Unterschied, der beachtet werden muss, wenn man die politische Entwicklung in diesem Lande richtig beurteilen will und dazu beitragen möchte, sie in rechte Bahnen zu lenken.

Vor solchem Hintergrund ist die Entschliessung zu betrachten, die der Parteivorstand und der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in gemeinsamer Sitzung am 25. September 1946 in Köln gefasst haben. Sie stellte bündig fest, dass die SPD "nicht willens ist, die politische Verantwortung für Zustände zu tragen, die ihr aufgezwungen werden". Die Partei ist in den Monaten seit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes ungewöhnlich gewachsen. Sie ist die Partei geworden, auf die sich die Hoffnungen auch sehr vieler solcher Menschen richten, die nicht der SPD angehören, die aber eine Politik der Vernunft und der Konsequenz als die für Deutschland allein mögliche und richtige halten. Diese Menschen stehen rechts und links von der SPD. Sie pflegen ihr politische Auffassung nicht auf den Markt zu bringen. Sie kennen kein Programm der SPD, sie glauben nur die Richtung erkennen zu können, die die Partei einschlagen will, und sie beziehen sich auf die Reden, die der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, gehalten hat und aus denen sie gerade das heraushören oder im Gedächtnis bewahren, was sie zu ihrer bisherigen politischen Haltung sozusagen ergänzen, jedenfalls nach ihrer Auffassung passend hinzuzufügen vermögen. Alles andere, das grundsätzlich sozialistische Motiv und Ziel aber übersehen viele, zu viele gflissentlich oder aus Gründen der Zweckmässigkeit oder weil sie sich, politisch heimatlos geworden, an eine These klammern möchten wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm.

Die Masse darf die Idee nicht verwischen und die Realitäten nicht verdecken. Es gibt unveräusserliche Forderungen, die die SPD heute mehr denn je zu erheben hat und unverrückbare Ziele, die sie anstrebt und die zugleich, wie sie nach Verantwortungsvoller Prüfung überzeugt ist, die Voraussetzung der Existenz des deutschen Volkes überhaupt sind. Deshalb haben Parteivorstand und Parteiausschuss in klarer Sprache gesagt, dass sie die Verantwortung für die politische Arbeit in Deutschland ablehnen würden, wenn nicht gewisse unabgängbare Forderungen der Partei als Grundlagen innderdeutscher Arbeit angenommen werden würden. Ein gerechter Lastenausgleich, die Sozialisierung der Grundstoff-Industrien und einiger besonders sozialisierungsreifer Wirtschaftszweige, die Agrarreform, die Mitverantwortung deutscher Instanzen in der Wirtschaftsverwaltung, eine neue und gerechte Verteilung des Sozialproduktes, Hilfe für die Opfer des Krieges und des Nationalsozialismus, ausreichende Ernährung und Brennstoffversorgung und eine demokratische

Kontrolle aller zentralen Verwaltungen in Deutschland - das waren die wichtigsten Punkte auf die die Kölner Entschliessung der SPD hinwies.

Die SPD hat diese Voraussetzungen ihrer künftigen politischen Mitarbeit in Deutschland erst nach sorgfältiger Erwägung des Für und Wider formuliert. Sie ist überzeugt, dass es einen anderen Weg, das vollkommene Chaos in Deutschland zu vermeiden und den Neubau eines unabhängigen Deutschlands zu beginnen, nicht gibt. Sie weiss aber auch, dass keine der politischen Parteien, die in Deutschland links oder rechts von ihr stehen, bereit sein wird, ein solches Programm zu erfüllen, weil diese Parteien die Vergangenheit rekonstruieren und nicht die Zukunft bauen wollen, weil sie retten wollen, was noch zu retten ist, da sie begreifen, dass die kapitalistische Wirtschaftsform nun keine Lebensmöglichkeiten mehr hat, es sei denn, sie würden neu geschaffen. Und darum geht es ihnen. Das aber, eine Wiederauferstehung der Herrschaft der Besitzenden, die gleichbedeutend ist mit der Wiederzichtung des deutschen Nationalismus, wäre der sichere Tod alles dessen, was deutsche Nation heisst und sich zu nennen ein Recht hat. Hier steht die SPD als Wächter des Glückes und des Wohles der jungen deutschen Generation auf dem Posten. Sie sprach ein klares Nein zu dem Versuch, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, aber sie ist bereit, einem neuen, dem sozialistischen Deutschland den Weg zu ebnen. Denn Deutschland kann nur demokratisch und nur sozialistisch sein oder es wird als ein Football zwischen den Nationen hin und her geworfen werden und nur noch seinem Namen nach oder überhaupt nicht mehr bestehen.

Nürnbergger Lehren

=====

M.P.- Seit dem Zusammenbruch des Hitlerstaates hat das deutsche Volk keine Nachricht mit grösserer Spannung erwartet als den Urteilspruch von Nürnberg, obwohl es nach dem Zusammenbruch viele Ereignisse gab, die sein künftiges und auch sein gegenwärtiges Leben weit unmittelbar berührten. Es liegt darin ein klarer Beweis dafür, dass man den engen Zusammenhang zwischen der Schuld der nationalsozialistischen Führung und dem Unglück des deutschen Volkes voll begriffen hat. Diese Tatsache steht für sich da, unabhängig davon, dass der Prozess selbst ebenso wie die Urteile die ihn beendeten, nicht einheitlich aufgenommen worden sind.

Neben dem häufigen Unverständnis, dass nicht alle Angeklagten verurteilt wurden, finden sich Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das verschiedene Strafmass gerechtfertigt war. So gibt es Leute, die

Einwendungen dagegen erheben, dass "alte, bewährte Offiziere" nun vermutlich den Tod durch den Strang werden erleiden müssen. Es sind dies Leute, die dabei übersehen, dass jene Offiziere, die jetzt unter dem Galgen stehen, keinerlei ernsthaften Einspruch erhoben, als ihre Kameraden nach dem 20. Juli gehängt wurden.

Was die Freisprüche anlangt, so hat vor allem der von Papen Verwunderung erregt. Man muss gerade in diesem Fall darauf hinweisen, dass hier ein Mann ohne Strafe bleibt, ohne dessen Zutun der Nationalsozialismus niemals an die Macht gekommen wäre. Die Gefahr dieses Freispruches ist vor allem darin zu sehen, dass sich nun möglicherweise eine ganze Schicht von Menschen freigesprochen fühlt, die, obwohl in formalen Sinn vielleicht wirklich nicht nationalsozialistisch war, die aber an der Entstehung und Verbreitung des Nationalsozialismus tätigen Anteil hatte und die auch prädestiniert scheint, jeder neuen reaktionären Bewegung Zutreiberdienste zu leisten. Kräfte dieser Art sind ohne Zweifel schon wieder am Werke und es bedarf äußerster Wachsamkeit, ihr heute noch zumeist unterirdisches Treiben unter Kontrolle zu halten. Niemand darf vergessen, dass die Freisprüche sich nur auf die Schuld im Sinne der viereng umgrenzten Anklagepunkte beziehen. Für keine der Freigesprochenen bestand der geringste Anlass, sozusagenerhobenen Hauptes den Nürnberger Gerichtssaal zu verlassen, denn wenn der Begriff Nazi-Aktivist überhaupt einen Sinn hat, dann trifft ~~er~~ er auf sie, insbesondere zum Beispiel auf einen Mann wie Fritzsche, zu. So gesehen bleiben sie schuldig und es ist mit Nachdruck zu fordern aber wohl auch mit Sicherheit zu erwarten, dass man auf sie auch künftig ein Augenmerk haben wird.

Wenn jetzt die Personen der Angeklagten und ihre besonderen Untaten so stark im Vordergrund des öffentlichen Interesses standen und wohl solange sie noch am Leben sind, stehen werden, so ist doppelt wichtig, immer wieder festzustellen, dass nicht ihre persönlichen Schicksale das Wesentliche sind. Der tiefere Sinn des Prozesses ist vielmehr darin zu sehen, dass in einem Gericht, welches mit grösster Sorgfalt und Geduld das ungeheuer umfangreiche Beweismaterial zusammentrug, vor der Welt eine Art Kolossalgemälde nationalsozialistischer Ziele und Methoden ~~und~~ und somit nationalsozialistischer Schuld entrollt wurde. An den dokumentarischen Tatsachen, die in erdrückender Fülle vorgetragen wurden und die zu widerlegen die Verteidigung jede Möglichkeit besass, kann ~~niemand~~ ~~vor~~ vorbeigehen. Das nationalsozialistische Regime in seiner ganzen Brutalität wurde schonungslos blossgelegt und der Welt ein Anschauungsmaterial über seine verheerenden Formen und Wirkungen unterbreitet, dass sich an Klarheit nicht ~~her~~ bieten lässt.

Die Aufgabe des deutschen Volkes aber ist es, aus Nürnberg die notwendigen Lehren zu ziehen: unerbittlicher Kampf gegen jede Möglichkeit einer auch nur annähernden Wiederholung ähnlicher Entwicklungen und Vorgänge, ~~zu~~ sowie Zusammenfassung aller Kräfte in dem Bemühen, eine gesunde, das heisst demokratische Form der politischen Willensbildung auszubilden und einen Staat aufzubauen, der ~~die~~ auch die letzten Überbleibsel jener Denkungsart auslöscht, wie sie in den in Nürnberg Verurteilten zum Unglück der ganzen Welt ihr verabscheuungswürdigste Gestalt gefunden hatten.

Politik der Sensationen

Die SED hat eine neue Sensation gestartet. Sie scheint ihre Politik überhaupt nur auf Sensationen abgestellt zu haben- Einmal ist es die Schulreform, die dann in Berlin Schiffbruch erleidet, dann ist es die Bodenreform, bei der die Städte hungern. Zuletzt war es der Volksentscheid in Sachsen, dessen Wiederholung man in den anderen sowjetischen Landesteilen nach der sächsischen Erfahrung aufgab. Die Zeit ist herum, eine neue Sensation zu starten. Es geht nach dem Rezept, daß Hitler in seinem Buch "Mein Kampf" vertreten hat: Das Volk muß immer von neuem mit Sensationen gefüttert werden.

Es scheint notwendig geworden zu sein, durch eine Diskussion in der Öffentlichkeit von dem peinlichen Mißgeschick abzulenken, daß der SED in ihrer Politik der Ostgrenzen passierte. Kurz vor der letzten Wahl in der Sowjetzone erklärten Grot wohl und Fechner die Ostgrenze als nicht akzeptabel, die durch Oder und Neiße festgelegt wird. Aber einen Tag nach der Wahl wurden sie durch Molotow dahin belehrt, daß nach sowjetischer Auffassung diese Grenze endgültig und unantastbar sei. Es wäre jetzt notwendig gewesen, daß Grot wohl und Fechner ihre abweichende Meinung erneut bestätigt hätten. Da die SED stets betonte, daß sie eine unabhängige Partei sei, wartete man auf solche Äußerung. Nichts geschah. Statt dessen klügelte die SED eine neue Verfassung für Deutschland aus, plakatierte sie und versuchte so, die öffentliche Diskussion auf ein anderes Gebiet abzulenken.

Dabei erhob sich die SED selbst der peinlichen Aussprache oder gar Entscheidung über die Frage, ob sie einen föderalistischen Aufbau Deutschlands oder eine zentralistische Leitung wünsche. Sie ist für zentralistische Leitung, natürlich von Berlin aus, ungeachtet der Tatsache, daß sich der sowjetische Sektor zuerst in Länder und Provinzen aufspaltete, seine eigenen Regierungsinstanzen bildete und in jedem Lande und jeder "Provinz" eigene Wege geht. Deutschland wächst föderalistisch, daran wird auch der Verfassungsentwurf der SED nichts ändern, zumal die Praxis in der Ostzone in dieser Richtung vollendete Tatsachen schafft.

b/B5/309/2/Hs

Deutsches Gericht für Kriegsverbrecher

spd Hannover, 3.Okt.46

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtete an den Alliierten Kontrollrat in Berlin folgendes Schreiben:

Die SPD richtet an den Alliierten Kontrollrat von Berlin aus Anlaß der Nürnberger Urteile das Ersuchen, einen unabhängigen deutschen Gerichtshof einzusetzen, der Urteile zu fällen hat über die gesamte politische Tätigkeit der Personen und Organisationen, durch die Hitler an die Macht gekommen und an der Macht gehalten worden ist.

Die friedliebenden und aufbauwilligen Kräfte des deutschen Volkes empfinden es als unerträglich und gefährlich für den Frieden der Welt, daß die Verbrechen des Schuldigsten aller lebenden Deutschen, des Herrn v.Papen und seiner Kreise ungesühnt geblieben sind, während auf der anderen Seite Millionen Unschuldiger auf das Schwerste zu leiden haben.

m/B1/310/2/hs

Konferenz zur Länderreform

spd Hannover, 3. Okt. 46

In ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Zonenbeirates führten der Vorsitzende der SPD Dr. Kurt Schumacher, die Ministerpräsidenten Kopf (Hannover), Kubel (Braunschweig) und Tantzen (Oldenburg), Bürgermeister Schönfelder (Hamburg), Oberpräsident a.D. Lehr (früher Nordrhein) und der Generalsekretär des deutschen Zonenbeirates Dr. Weißer in Berlin mit einem höheren englischen Offizier Besprechungen über die künftige Gestaltung der Länderreform in der Britischen Zone. Die Besprechungen fanden am 3. Oktober statt. Ihnen lag unter anderem die Tatsache zugrunde, daß die SPD nach der Errichtung des Landes Nordrhein-Westfalen eine Zusammenfassung aller übrigen Gebiete der britisch besetzten Zone in einem Lande fordert.

m/B1/310/2/hs

Kommunalpolitische Arbeitstagung

spd Hannover, 3. Okt. 1946

Die kommunalpolitische Abteilung beim Parteivorstand der SPD in Hannover hat die Sachbearbeiter der Bezirke der Partei im ganzen Reich zu einer ersten Arbeitstagung zusammengerufen, die am 15. und 16. Oktober in Bad Gandersheim stattfinden soll. Der Bürgermeister von Kiel, Gayk, und der Oberbürgermeister von Erlangen, Poschke, werden über das Thema "Sozialdemokratie und Selbstverwaltung sprechen, Liegerschaftsdirektor Reith in Köln über die "Rechtlichen Voraussetzungen für den Neuaufbau der Städte und Gemeinden" und Dr. Diederichs und Dr. Hilberath über "Sozialdemokratische Kommunalpolitik in der Praxis".

Da die SPD in den Wahlen, die kürzlich in den Westzonen für die Gemeinderäte stattgefunden haben, eine große Zahl von Gemeinderäten in die neuen parlamentarischen Körperschaften entsandte und in zahlreichen kleinen und großen Gemeinden und Kreisen die Verantwortlichen Posten für die Führung der kommunalen Körperschaften besetzte, ist diese erste kommunalpolitische Tagung von besonderer Bedeutung.

m/B1/310/2/hs

Aufgaben der Sozialpolitik

spd Hannover, 3.10.46

Die außerordentliche Bedeutung, die der praktischen sozialpolitischen Arbeit in Deutschland unter den heutigen Umständen in Deutschland zukommt, hat den Parteivorstand der SPD veranlaßt, zum 17. und 18. Oktober eine sozialpolitische Arbeitstagung nach Bad Gandersheim einzuberufen, die von Beauftragten aller Bezirke der Partei aus dem ganzen Reich besetzt wird. Der Vorsitzende der Partei Dr. Schumacher wird über "Sozialdemokratie und Sozialpolitik" sprechen, der Minister des Innern in Nordrhein-Westfalen, Dr. Menzel über "Sozialpolitische Maßnahmen für Flüchtlinge und Ausgebombte". Es stehen weiter der Neubau der Sozialversicherung, die Neuregelung der Kriggsoferversorgung, Fragen der Jugendpflege und Jugendfürsorge, der allgemeinen Wohlfahrtspflege und die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt auf der Tagesordnung.

m/B1/310/2/hs